Für eine gerechtere, Zukunftsorientierte Digitalpoltik in Europa

Forderungskatalog zur Europäischen Digitalisierungspolitik

von
Polis180
&
Ponto Think Tank

POLIS 180

POLIS PAPER N° 9

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung & Empfehlungen 2
1. Öffentliches Geld für öffentliche Codes - Open Source in der Verwaltung 3
2. Das Internet energieeffizient gestalten 4
3. Maßnahmen gegen Steuervermeidung 5
4. Recht auf Internet - Gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen 6
5. Internet-TÜV – Förderung der Zertifizierung von Cybersicherheit 7
6. Digitalisierung und Nachhaltigkeit gehen Hand in Hand 8
7. Besteuerung im digitalen Zeitalter 10
8. Hardware-Recycling 11
9. Auflagen für Gerätehersteller 12
10. Besteuerung der Infrastruktur von Kryptowährung-Mining 13
Die AutorInnen 14
Über Polis180 und Ponto 17

In Zusammenarbeit mit

ponto
GRASSROOTS THINK TANK AUSTRIA

Zusammenfassung & Empfehlungen

Die Digitalisierung verändert die Welt. Das Zusammenspiel von Datenerfassung, Vernetzung und künstlicher Intelligenz führt weltweit zu Veränderungen im gesellschaftlichen, privaten und wirtschaftlichen Leben. Aus diesem Grund ist die zukünftige Gestaltung der Digitalisierung ein zentrales Thema der aktuellen politischen Debatte.

Im Rahmen der Europakampagne jung & wählerisch von Polis180, einem jungen Grassroots-Thinktank für Außen- und Europapolitik aus Deutschland, haben wir jungen WählerInnen die Möglichkeit gegeben, sich aktiv an der Gestaltung der europäischen Digitalisierungspolitik zu beteiligen. In Zusammenarbeit mit Ponto, einem jungen Grassroots-Thinktank aus Österreich, wurden im Rahmen mehrerer Workshops in Deutschland und Österreich Forderungen für eine gerechtere und zukunftsorientierte Digitalisierungspolitik innerhalb der europäischen Union erarbeitet. Das Ziel der sogenannten „**Policy Kitchen**“ Workshops war es, jungen Politikinteressierten die Möglichkeit zu geben, sich über ihre Anliegen, Prioritäten und Vorstellungen für die Zukunft der europäischen Digitalisierungspolitik auszutauschen. Hierbei wurde diskutiert, wie die Digitalisierung mit gesamtgesellschaftlichen Anliegen verbunden werden kann, welche Rolle sie für verschiedene Akteure im öffentlichen und privaten Leben spielt und welche Themen auf der zukünftigen politischen Agenda für Digitalisierung stehen sollten. Die Workshops basierten auf der vom Schweizer Thinktank foraus entwickelten Methode der Policy Kitchen, die eine Kombination aus Workshops vor Ort und einer digitalen Innovationsplattform darstellt. Die Ergebnisse der einzelnen Workshops wurden hierbei zur Weiterentwicklung auf eine Online-Plattform hochgeladen, auf der die einzelnen Vorschläge kommentiert und ergänzt wurden. Die 10 besten Forderungen wurden per Abstimmung ausgewählt und innerhalb dieses Forderungskatalogs zusammengefasst.

10 Forderungen für eine gerechtere und zukunftsorientierte europäische Digitalisierungspolitik

1. **Öffentliches Geld für öffentliche Codes - Open Source in der Verwaltung**
2. **Das Internet energieeffizient gestalten**
3. **Maßnahmen gegen Steuervermeidung**
4. **Recht auf Internet - Gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen**
5. **Internet-TÜV – Förderung der Zertifizierung von Cybersicherheit**
6. **Digitalisierung und Nachhaltigkeit gehen Hand in Hand**
7. **Besteuerung im digitalen Zeitalter**
8. **Hardware-Recycling**
9. **Auflagen für Gerätehersteller**
10. **Besteuerung der Infrastruktur von Kryptowährung-Mining**

1. Öffentliches Geld für öffentliche Codes - Open Source in der Verwaltung

Von Carla Dietmair, Kaja Niemann und Tümer Tosik

Wir fordern, dass jede von öffentlichen Einrichtungen neu in Auftrag gegebene Software quelloffen sein soll. Der Quellcode muss für jeden einsehbar sein, insbesondere für andere öffentliche Einrichtungen. Open Source ist effizienter und spart langfristig Kosten ein.[1] Perspektivisch können öffentliche Verwaltungen durch die Verwendung von Open Source ihre Software auf bereits bestehende Codes eines Projektes aufbauen, weiterentwickeln und an ihre Bedürfnisse anpassen. Zudem wird durch die Verwendung von Open Source die Transparenz sowie die Datensicherheit erhöht. Die Sicherheitsbedenken bei Open Source Software sind nicht größer als bei nicht öffentlich einsehbaren Quellcodes.[2] Vielmehr kann durch öffentliche Codes die interessierte Öffentlichkeit auf Probleme des Quellcodes hinweisen und Verbesserungen vorschlagen. Dadurch wird die Software stetig weiterentwickelt und verbessert.

Um dies zu ermöglichen, sollte die öffentliche Verwaltung ihre Software unter einer Open-Source-Lizenz bereitstellen. Die European Union Public License würde hierbei die Nutzung und Bearbeitung des Codes erlauben und gleichzeitig sicherstellen, dass die bestehenden Urheberrechtsgesetze der einzelnen 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union berücksichtigt werden. Bis 2021 soll jegliche von Verwaltungen neu gekaufte Software Open Source sein. Außerdem soll eine zentrale europäische Open Source Plattform eingerichtete werden. Dort sollen Verwaltungen ihre Codes hochladen, um sie für andere Träger zugänglich zu machen.

In Deutschland gibt es keine Verpflichtung, Open Source in der Verwaltung zu nutzen. Es wird lediglich angestrebt, „praktische Hemmnisse für Open Source Software mit dem Ziel der Chancengleichheit weiter ab[zu]bauen".[3] In anderen europäischen Staaten wird bei öffentlichen Ausschreibungen Open Source Software bei der Vergabe bevorzugt. Estland geht noch einen Schritt weiter und hat bereits einen offenen Quellcode für die elektronische Verwaltung für alle zugänglich zur Verfügung gestellt . Die neuen Tendenzen der Verwendung von Open Source sollen auch EU-weit für die öffentliche Verwaltung nutzbar gemacht werden.

[1] SZ (2016): https://www.sueddeutsche.de/digital/software-open-source-erobert-die-welt-1.2935396

[2] Heise (2018): https://www.heise.de/tipps-tricks/Ist-Open-Source-Software-wirklich-sicherer-3929357.html

[3] Digital Agenda 2014-2017, S.20 https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Digitale-Welt/digitale-agenda.pdf?__blob=publicationFile&v=3

2. Das Internet energieeffizient gestalten

Von Johannes Jelinek

Die wachsende Bedeutung des Internets spiegelt sich auch in dessen Auswirkungen auf unsere Umwelt und Energieversorgung wider. Die digitale Revolution, die in alle Bereiche unseres Lebens vordringt, hat ebenfalls Konsequenzen für den „ökologischen Fußabdruck".[4] Schnelles Handeln ist notwendig, damit die Digitalisierung Raum für Lösungen schafft und nicht selbst Teil des Problems wird. Der Auslöser hinter dem massiven Energiebedarf ist leicht zu bestimmen: Rechenzentren auf der ganzen Welt werden Tag und Nacht betrieben, um Daten zu speichern und zu verarbeiten. Einige Betreiber von Rechenzentren planen bereits den Umstieg auf Solarenergie, um die Server mit kostengünstiger und sauberer Energie zu versorgen.[5]

Deshalb sollte jedes neue Rechenzentrum in Europa eine eigene erneuerbare Energieversorgung aufbauen, um die Nachfrage sowie den Energiebedarf zu sichern. Das würde nicht nur die Emissionen senken, sondern auch den Unternehmen helfen, langfristig kostengünstiger zu operieren. Die für diese Maßnahmen erforderlichen einmaligen Investitionen sind im Verhältnis zu dem Umsatz von Unternehmen, wie Amazon oder Google, die einen großen Teil aller in der EU errichteten Rechenzentren ausmachen, ein geringer Betrag.[6]

Es ist an der Zeit, dass große Digitalunternehmen die Nutzung des Internets nachhaltig gestalten und ihre Verantwortung gegenüber der Gesellschaft wahrnehmen.

[4] Zeit Online (2018): https://www.zeit.de/2018/06/digitalisierung-klimaschutz-nachhaltigkeit-strombedarf/komplettansicht

[5] Heise (2019): https://www.heise.de/newsticker/meldung/Google-will-zwei-neue-Rechenzentren-mit-erneuerbarer-Energie-betreiben-4283371.html

[6] Diese Aussage beruht auf den angegebenen Investitionskosten (https://www.heise.de/newsticker/meldung/Google-baut-Rechenzentrum-in-Daenemark-4226863.html) im Verhältnis zum Umsatz von Google (https://www.statista.com/statistics/266206/googles-annual-global-revenue/)

3. EU-weite Mindeststeuersätze für Unternehmen

Von Katharina Ulbing

Während heimische Unternehmen gemäß der nationalen Steuergesetzgebung Abgaben an den Fiskus zahlen, umgehen multinationale Tech- und Internet-Konzerne wie Apple, Facebook oder Google diese. Stattdessen wählen solche Unternehmen Standorte wie Irland, an denen besonders günstige Steuersätze greifen. Dadurch können Gewinne, die außerhalb der USA generiert werden, mit weniger als einem Prozent besteuert werden.[7]

Insgesamt wird angenommen, dass multinationale Unternehmen rund 40 Prozent ihrer Gewinne künstlich in Steueroasen umlenken. Dadurch verlieren EU-Staaten etwa ein Fünftel ihrer Körperschaftssteuereinnahmen.[8] Als Folge dessen versuchten einzelne EU-Staaten[9] durch nationale Gesetzgebung die Steuersätze für Unternehmen zu senken, um als Standort attraktiver zu werden. Statt die Gewinne großer Konzerne angemessen zu besteuern und so weitere Steuereinahmen zu generieren, verringerte sich der nationale Haushalt durch den neu eingeführten Steuersatz.

Um dem in Zukunft entgegenzuwirken, sollte eine gemeinsame Gesetzgebung und ein gemeinsames, aneinander angepasstes Vorgehen zur Besteuerung multinationaler Tech-Konzerne umgesetzt werden. Daher wird gefordert: Wer innerhalb der EU operieren will, muss sich auch an EU-Gesetze halten. Dies beinhaltet, dass einerseits Steuern rückwirkend an die EU-Staaten abführt werden und andererseits ein Mindeststeuersatz an das jeweilige Land zu zahlen ist. Momentan unterscheiden sich die Unternehmenssteuersätze innerhalb der EU erheblich.[10]

[7] FAZ (2011): https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/netzwirtschaft/google/google-und-andere-ueber-irland-gewinne-in-steueroasen-schleusen-11126896.html

[8] Handelsblatt (2018): https://www.handelsblatt.com/politik/international/studie-zur-steuerflucht-0-prozent-steuern-wie-konzerne-40-prozent-ihrer-gewinne-in-steueroasen-umlenken/22775398.html?ticket=ST-1637404-cRfwOEZZoZIfyJgA7zsL-ap2

[9] FAZ (2019): https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/frankreich-macht-mit-nationaler-digitalsteuer-ernst-16075310.html

[10] Deutschlandfunk (2019): https://www.deutschlandfunk.de/eu-unternehmenssteuern-grosse-firmen-zahlen-meist-weniger.766.de.html?dram:article_id=439007

4. Recht auf Internet - Gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen

Von Kaja Niemann

Wir fordern, dass jede/r EU-BürgerIn an ihrem/seinem Wohnsitz einen funktionierenden Internetzugang über einen Breitbandanschluss hat. Dabei soll die Datenübertragungsrate bei mindestens 50 MBit/s liegen. Mit dieser Datenübertragungsgeschwindigkeit kann (Video-) Kommunikation, Informationsbeschaffung, Fortbildung, Videostreaming, Erwerb von Produkten und Dienstleistungen im Internet sowie die Vernetzung des Eigenheims gewährleistet werden. Der Zugang zu schnellem Internet für jede/n EU-BürgerIn wirkt auf die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse hin. Er ermöglicht allen BürgerInnen die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, das zunehmend auch im digitalen Raum stattfindet. Zur Umsetzung eines Breitbandanschlusses für jede/n EU-BürgerIn soll per Gesetz ein Recht auf Internet festgeschrieben werden. Dieses Recht soll einklagbar sein. Die notwendige Infrastruktur zur Umsetzung der Forderung soll von den Netzbetreibern zur Verfügung gestellt und mithilfe eines Fonds finanziert werden.[11] Die Finanzierung soll mit Hilfe der bereits bestehenden Europäischen Investitions- und Strukturfonds, einerseits des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und andererseits der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums, komplementiert werden.[12] Die entstehenden Kosten für die Netzbetreiber dürfen nur im begrenzten Maß auf die Verbraucher umgelegt werden. Zum einen muss eine Kostenobergrenze für Verbraucher für die Nutzung des Internets festgelegt werden. Zum anderen muss die Netzneutralität gewahrt werden. Finanzielle Mittel für den Netzausbau dürfen nicht durch die bevorzugte Übertragung von Daten erlangt werden. Momentan besteht kein einklagbares Recht auf Internet auf europäischer Ebene. In dem „Vertrag für das Web" bekennen sich bisher nur die französische und deutsche Regierung zu dem Prinzip, für jede/n BürgerIn Internetzugang zu gewährleisten. Dieses Recht ist jedoch nicht einklagbar.[13] Die deutsche Bundesregierung plant einen Rechtsanspruch für schnelles Internet ab 2025 einzuführen.[14]

[11] Fond-Idee wurde bereits von dem Bundesverband Verbraucherzentrale e.V. 2015 gestellt, S.4 https://www.vzbv.de/sites/default/files/downloads/Breitband-fuer-alle-Hintergrundpapier-vzbv-2015-08-27.pdf

[12] European Commission: European Funding for Broadband 2014-2020 http://ec.europa.eu/information_society/newsroom/image/document/2017-33/european_funding_for_broadband_CAC9F47E-BA2A-1424-044BE071D91F4335_46275.pdf

[13] „A Contract for the Web" https://contractfortheweb.org/about/

[14] Dpa: Kanzleramt: Rechtsanspruch auf schnelles Internet ab 2025 https://www.zeit.de/news/2018-11/14/kanzleramt-rechtsanspruch-auf-schnelles-internet-ab-2025-181114-99-805810

5. Internet-TÜV – Förderung der Zertifizierung von Cybersicherheit

Von Ninja Bumann, Zoe Scherer, Ronya Alev, Zilia Schwarz

2018 hat die EU eine Cybersicherheitszertifizierung erarbeitet, die im März 2019 vom Europäischen Parlament mit einer überwiegenden Mehrheit bestätigt wurde.[15] Dieses neue Zertifizierungssystem wird bald für alle mit dem Internet verbundenen Geräte zur Verfügung stehen. Ziel ist es dabei, die VerbraucherInnen dabei zu unterstützen, sich vor Cyberkriminalität zu schützen sowie smarte bzw. sichere Produkte in der EU zu fördern.

Diese Maßnahme war schon deswegen dringend notwendig, weil sich 51% der europäischen BürgerInnen im Bereich der Cybersicherheit nicht ausreichend informiert fühlen und sogar 69% der Unternehmen sich der Bedrohung durch Cyberkriminalität nicht oder kaum bewusst sind.[16]

Der neue Zertifizierungsmechanismus wurde für spezifische Informations- und Kommunikationstechnologieprozesse, -produkte und -dienste geschaffen, damit die NutzerInnen ein stärkeres Vertrauen in die entsprechenden Technologien und Produkte gewinnen. Zudem wird grenzüberschreitende Geschäftstätigkeit erleichtert, da die Zertifikate in allen EU-Mitgliedsstaaten gültig sein werden. Die Europäische Agentur für Netz- und Informationssicherheit (ENISA) soll bei der Ausarbeitung dieses Zertifizierungssystems eine zentrale Rolle spielen, wobei die Wirkung der Zertifizierung regelmäßig von der Kommission evaluiert werden soll. Die Umsetzung erfolgt allerdings über die nationalen Behörden für Sicherheitszertifizierung. Darüber hinaus soll die ENISA eine Website mit Informationen über die Zertifikate bereitstellen und so die Einführung der Zertifizierung unterstützen.[17]

Da die erfolgreiche Implementierung dieses Zertifikats zur Förderung der Cybersicherheit von der Aufklärung der EU-BürgerInnen abhängt, fordern wir mehr Informationskampagnen. Die Mitgliedstaaten sollen dafür eine nationale Stabsstelle zur Implementierung der Zertifizierung einrichten, die in erster Linie Aufklärungskampagnen über die Vorteile der Zertifizierung durchführen. Diese Kampagnen sollen hauptsächlich in Bildungseinrichtungen (Schulen, Universitäten), Gemeindeeinrichtungen sowie in Unternehmen durchgeführt werden. Auch über die öffentlich-rechtlichen Rundfunkeinrichtungen sollen Informationen zur Zertifizierung ausgestrahlt werden. Darüber hinaus soll die EU die entsprechenden finanziellen Mittel zur Einführung dieser Maßnahmen zur Verfügung stellen.

[15] Europäisches Parlament (2019): http://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-8-2019-0151_DE.html

[16] Europäische Kommission (2018): https://ec.europa.eu/germany/news/20180201-cybersicherheit_de

[17] Europäisches Parlament (2019): http://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-8-2019-0151_DE.html

6. Digitalisierung und Nachhaltigkeit gehen Hand in Hand

Von Marijke Eschenbach

Europäische Digitalisierungspolitik muss vor allem eines sein: nachhaltig. Das klingt zunächst vor allem nach Umweltschutz, soll aber darüber hinaus ihren nötigen Gemeinschaftsnutzen betonen. Sie muss zukunftsfähig und zukunftsnützlich sein. Wenn die europäische Digitalpolitik an den einschlägigen Nachhaltigkeitsstrategien (national, europäisch, international) ausgerichtet ist, dann kann sie mehr Nutzen von Digitallösungen im analogen Alltag bewirken. Dies kann beispielsweise eine innovative Energiewende, weniger Lebensmittelverschwendung, schnellere und kostengünstigere medizinische Versorgung, zeit- und ressourcensparende Mobilität, neue Geschäfts- und Arbeitsmodelle oder fairere und bessere Konsumgüter fördern.[18] All dies betrifft insbesondere europäische (statt nationalstaatliche) Politikbereiche.

Im gesellschaftlichen Bereich kann nachhaltige Digitalisierung bisher vernachlässigte Gruppen stärker einbinden, Zugang zu Informationen erleichtern, sowie dezentrale politische und zivilgesellschaftliche Teilhabe fördern. Ähnlich wie Bundespräsident Steinmeier auf der re:publica 2019 eine „Demokratisierung des Digitalen“ anstatt einer „Digitalisierung der Demokratie“ forderte[19], bedeutet die Vereinbarung von Nachhaltigkeit und Digitalisierung, dass diese zeitgleich sozial gerecht, umweltverträglich und wirtschaftlich sinnvoll geschehen muss. Denn wenn Digitalisierung nicht nachhaltig ist, kann sie schnell auch undemokratisch werden, wie das Beispiel des Social Scoring Systems in China zeigt.[20] Autoritäre Regime können über soziale Medien leichter ihre Kontrahenten identifizieren und persönliche Daten missbrauchen; mit einer falschen Digitalisierung unserer Verwaltungen könnten digitale „Analphabeten“ von der Nutzung ihrer bürgerlichen Rechte ausgeschlossen werden, z.B. möglicherweise künftig nicht mehr an Wahlen teilnehmen. Die Zukunftsperspektiven nicht-nachhaltiger Digitalisierung sind finster.

Nachhaltige Digitalisierung geht daher auch einher mit digitaler Bildung[21]: Von der Kindheit bis ins hohe Alter sollen Menschen umfassend an der digitalen Gesellschaft teilhaben können und Bildungsangebote zum Erwerb digitaler

[18] Siehe z.B.: BDI-Initiative Gesundheit digital: https://bdi.eu/themenfelder/gesundheitswirtschaft/bdi-initiative-gesundheit-digital/#/artikel/news/bdi-initiative-gesundheit-digital-gesundheitssystem-20/; BMWi, Digitalisierung der Energiewende https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Artikel/Energie/digitalisierung-der-energiewende.html; und Institut der Deutschen Wirtschaft Köln (2016) zu Konsumgütern: https://www.iwkoeln.de/fileadmin/publikationen/2016/317419/IW_policy_paper_2016_15_Digitalisierung.pdf

[19] SZ (2019): https://www.sueddeutsche.de/digital/republica-steinmeier-facebook-internet-1.4434725

[20] Deutschlandfunk (2018): https://www.deutschlandfunk.de/sozialkredit-system-china-auf-dem-weg-in-die-it-diktatur.724.de.html?dram:article_id=421115

[21] „Digitale Bildung umfasst den Erwerb von Wissen und Kompetenzen, welche Menschen dazu befähigen, an einer medialen und technischen Welt teilzuhaben.“ https://excitingedu.de/digitale-bildung/

Kompetenzen[22] sowie Bewusstsein für nachhaltige Entwicklung erlangen. Wenn Europa ein nachhaltiger, innovativer und wettbewerbsfähiger Wirtschaftsraum sein und zugleich den Wohlstand künftiger Generationen sowie den Erhalt unseres Planeten sichern will, dann muss all dies jenseits von nationalen Grenzen gedacht werden. Kein Mitgliedstaat kann den digitalen Wandel allein beschreiten. Dafür ließe sich insbesondere die EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands 2020 nutzen, um eine europäische Strategie für nachhaltige Digitalpolitik zu entwickeln: Die digitale Agenda Europas ist mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung zu verknüpfen, und so wirksam online wie offline das Erreichen der Sustainable Development Goals (SDGs) zu unterstützen. Die 18-monatige Trio-Präsidentschaft zusammen mit Portugal und Slowenien ist ein realistischer Zeitraum für die Erarbeitung konkreter Maßnahmen. Kampagnen wie #17Ziele[23] gehen in eine gute Richtung, die OrganisatorInnen und Teilnehmenden von #FridaysForFuture sind bereits europaweit vernetzt und haben digitale „Profis“ unter sich[24], Konferenzen wie Bits & Bäume[25] hat längst umfangreiche Vorschläge auf Lager. Essenziell ist jetzt, sie anzuhören und einzubinden.

[22] definiert nach: https://europass.cedefop.europa.eu/de/resources/digital-competences
[23] https://17ziele.de/
[24] Zeit Online (2019): https://www.zeit.de/campus/2019-02/fridays-for-future-luisa-neubauer-organisatorin-demonstration-schueler-klimaschutz/seite-3
[25] Bits und Bäume Forderungen: https://bits-und-baeume.org/forderungen/de

7. Besteuerung im digitalen Zeitalter

Von Tümer Tosik

Wir fordern die Besteuerung von persönlichen Daten europäischer BürgerInnen, die zu kommerziellen Zwecken gesammelt werden. Durch die technologische Entwicklung haben sich Geschäftsmodelle verändert und sich an digitale Prozesse angepasst. Ein neues Unternehmenskonzept besteht darin, am Handel von Daten zu verdienen. Auch werden mit Hilfe gesammelter Daten Dienstleistungen angeboten.[26] Um die Privatsphäre der europäischen BürgerInnen zu schützen und Steuereinnahmen aus diesen neuen Wertschöpfungen der digitalen Wirtschaft zu generieren, sollte die Politik moderne Steuerkonzepte umsetzen, bei denen die Menge an Megabytes der gesammelten Daten besteuert wird. Dies sollte Unternehmen motivieren, nur die nötigsten Informationen zu sammeln, und kann die BürgerInnen indirekt an der Wertschöpfung beteiligen.

Die Menge der personalisierten Daten zu kommerziellen Zwecken muss bestimmt und entsprechend besteuert werden. Die erhobene Datenmenge jeder Person muss bereits durch die Datenschutz-Grundverordnung und dem darin aufgeführten Recht auf Datenübertragbarkeit einfach zu bestimmen sein.[27] Die Gesamtmenge der erhobenen Daten sollte auf Basis dessen festgelegt werden, wobei Ausnahmen für Daten gemacht werden dürfen, die von den BürgerInnen freiwillig zur Lagerung oder direkten Weiterverarbeitung den Unternehmen bereitgestellt werden. Der Steuersatz sollte als Pauschalbetrag pro Dateneinheit Megabytes festgelegt werden. So soll auch das Konzept der Datenminimierung der Datenschutz-Grundverordnung motiviert werden.

Unternehmen zeichnen oft das Verhalten aller NutzerInnen bis in das kleinste Detail auf. Deshalb werden Daten oft als „Rohstoff der Zukunft“ betitelt.[28] Vor allem NutzerInnen, die keine Profile auf den Webseiten der Unternehmen besitzen, gelten als Zielgruppe zur neuen Datengenerierung. Diese Daten werden dann unter einem Schattenprofil angesammelt.[29] Aufgrund fehlender Verpflichtungen gibt es keine Anreize für Unternehmen zur Datensparsamkeit. Um möglichst viele Informationen zu generieren, wird deshalb der Verlauf einzelner NutzerInnen auch bereits nach dem Verlassen der Webseite gespeichert.[30] Internationale Unternehmen fokussieren sich auf die Gewinnmaximierung durch exzessive Datensammlung, an deren Wertschöpfung BürgerInnen ungefragt beteiligt werden. Dieser Praxis muss zugunsten von mehr Transparenz und Besteuerung entgegengewirkt werden.

[26] Deutschlandfunk Kultur (2018): https://www.deutschlandfunkkultur.de/personenbezogene-daten-als-rohstoff-und-handelsware.976.de.html?dram:article_id=409553 (letzter Zugriff 25.05.2019)
[27] Datenschutzgrundverordnung Art. 20
[28] Albert Funk: Merkel: Daten sind der Rohstoff der Zukunft https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/digitalisierung-der-wirtschaft-merkel-daten-sind-der-rohstoff-der-zukunft/12312978.html (letzter Zugriff 13.05.2019)
[29] Alexander Fanta: Ob Nutzer oder nicht: Facebook legt Schattenprofile von über alle an https://netzpolitik.org/2018/ob-nutzer-oder-nicht-facebook-legt-schattenprofile-ueber-alle-an (letzter Zugriff 13.05.2019)
[30] Sébastien Bonset: Tracking: Wie Facebook dich im Web verfolgt https://t3n.de/news/tracking-facebook-dich-web-verfolgt-344044/ (letzter Zugriff 13.05.2019)

8. Hardware-Recycling

Von Katharina Ulbing

Jährlich werden große Mengen an Rohstoffen abgebaut, um technische Geräte wie Smartphones, Tablets, Laptops oder andere Hardware herzustellen. Wenn die technische Hardware nicht mehr funktionstüchtig ist oder keine neuen Software-Updates mehr zur Verfügung stehen, kaufen VerbraucherInnen neue Geräte. Dabei wird der Entsorgung alter Hardware wenig Beachtung geschenkt, sodass viele Geräte nicht ordnungsgemäß entsorgt werden und im Hausmüll landen.[31] Dadurch können die in den Geräten enthaltenen Rohstoffe, wie beispielsweise Eisen, Stahl, Kupfer, Aluminium und Messing[32] nicht entnommen und wiederverwendet werden. Dies trägt zur zunehmenden Müllmenge bei sowie zu einem verschwenderischen Umgang mit begrenzten Ressourcen.

Die unsachgemäße Entsorgung von Hardware ist unter anderem auf die fehlenden Informationen zur sachgerechten Entsorgung von Elektromüll zurückzuführen. Zwar bestehen bereits Reparaturservices und Anlaufstellen (engl. „Refurbishing Services"), die alte Geräte entgegennehmen, jedoch sind diese der breiten Öffentlichkeit oft nicht bekannt. [33]

Deshalb wird gefordert, die sachgemäße Entsorgung von Elektrogeräten und die Wiederverwendung natürlicher Ressourcen zu fördern und publik zu machen. Durch eine Förderung der Strukturen dieser Refurbishing Services und eine breitenwirksame Aufklärung über die Folgen des unachtsamen Umgangs mit alten Geräten und den Alternativen dazu sollen EU-BürgerInnen dazu angehalten werden, zukünftig Elektronikmüll zu vermeiden.

Außerdem soll der Kauf von reparierten Geräten bei Refurbishing Services gefördert werden, da dies eine umweltschonende Alternative zum Neukauf darstellt. Diese Förderung kann etwa in Form einer finanziellen Bezuschussung der Nutzung von Refurbishing Services unterstützt werden.

[31] FAZ (2018): https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/umweltamt-warnt-vor-falscher-elektroschrott-entsorgung-15897784.html
[32] Umwelt Bundesamt (2017): https://www.umweltbundesamt.de/themen/abfall-ressourcen/produktverantwortung-in-der-abfallwirtschaft/elektroaltgeraete#textpart-1
[33] Zeit Online (2018): https://www.zeit.de/news/2018-11/19/umweltbundesamt-elektroschrott-wird-oft-falsch-entsorgt-181119-99-871799

9. Auflagen für Gerätehersteller

Von Katharina Ulbing

Immer öfter verwenden Hersteller von Hardware Strategien, durch die eine künstliche Verkürzung des Produktlebenszyklus (engl. Product Life Cycles) konzeptionell geplant und umgesetzt wird. Diese sogenannte „geplante Obsoleszenz“ zeichnet sich dadurch aus, dass keine neuen Software-Updates zur Verfügung stehen (z.B. Smartphones), oder eingebaute technische Fehler vorgenommen werden (z.B. Waschmaschinen).[34]

Die absichtliche Verkürzung der Nutzungszyklen beschleunigt den Neukauf von Produkten. KundInnen werden regelmäßig dazu gezwungen, ihre alten Geräte durch neue zu ersetzen, wodurch ein erhebliches Ausmaß an Elektromüll entsteht. Neben der finanziellen Belastung für VerbraucherInnen ist vor allem die Umweltbelastung durch den ansteigenden Elektromüll besorgniserregend.

Um diesen Folgen entgegenzuwirken, sollen Auflagen eingeführt werden, welche der geplanten Obsoleszenz aktiv entgegenwirken. Produzenten soll es verboten sein, bei der Herstellung von Produkten einen Endzeitpunkt der Lebensdauer festzulegen. Ob die Auflagen eingehalten wurden, soll stichprobenartig geprüft werden.

Zusätzlich sollte das „Recht auf Eigenreparatur"[35] eingeführt werden. Dieses soll sicherstellen, dass die Hersteller dazu verpflichtet werden, reparierbare Produkte sowie Ersatzteile anzubieten.

[34] Deutschlandfunk (2016): https://www.deutschlandfunk.de/strategien-gegen-obsoleszenz-warum-technik-schnell.724.de.html?dram:article_id=344760 (letzter Zugriff: 21.05.2019 13:50)

[35] Die Plattform iFixit stellt Reparaturanleitungen in verschiedene Sprachen zur Verfügung und befähigt somit Personen dazu, ihre technischen Geräte selbst zu reparieren (https://de.ifixit.com/Info/index) und fordert darüber hinaus ein Recht auf Eigenreparatur (https://d1ulmmr4d4i8j4.cloudfront.net/static/images/manifesto/ifixit_self-repair_manifesto_de_2.pdf)

10. Besteuerung der Infrastruktur von Kryptowährung-Mining

Von Katharina Ulbing

Um Kryptowährungen herzustellen, werden Buchungsvorgänge kryptografisch verschlüsselt und in einer dezentralen Datenbank, der sogenannten Blockchain, aneinandergekettet. Dafür ist ein immer größerer Rechenaufwand nötig. Aufgrund der wachsenden Nachfrage nach Blockchain-Lösungen sind in den vergangenen Jahren weltweit riesige Rechen- und Serverzentren entstanden.[36] Gleichzeitig stellt die Generierung von Kryptowährung auch eine Form von Wertschöpfung dar, die sich derzeit gesetzlich noch in einer Grauzone befindet.

Viele sogenannte Mining-Farmen investieren bereits aus Kostengründen in erneuerbare Energien. Der Bezug von umweltfreundlicheren Alternativen soll gesetzlich verpflichtend sein. Die EU soll hierbei als Vorbild vorangehen und in die Forschung und Entwicklung von umweltschonenden Methoden zur Datenspeicherung investieren.

Zusätzlich sollen Mining-Farmen angemessen besteuert werden, um einerseits den auftretenden ökologischen Schaden zu kompensieren und andererseits Investitionen für die Forschung nach umweltfreundlichen Alternativen zu generieren.

[36] Hileman, Garrick und Rauchs, Michel (2017): Global Cryptocurrency Benchmarking Study, S.22 (https://www.jbs.cam.ac.uk/fileadmin/user_upload/research/centres/alternative-finance/downloads/2017-global-cryptocurrency-benchmarking-study.pdf letzter Zugriff: 04.06.2019)

Die AutorInnen

Ronya Alev

hat einen Master of Arts in Peace and Conflict Studies und ist derzeit als Rechercheassistentin tätig. Sie ist bei der Kampagne jung & wählerisch bei der Erarbeitung des Forderungskatalogs bei Ponto aktiv.

Ninja Bumann

ist Gründungsmitglied und amtierende Co-Präsidentin von Ponto. Sie hat in Zürich, Prag und Wien studiert und forscht derzeit im Rahmen ihres Doktorats in Geschichte zu Ehe- und Geschlechterbeziehungen in Bosnien-Herzegowina unter habsburgischer Herrschaft.

Carla Dietmair

arbeitet als wissenschaftliche Referentin für Digitalpolitik und künstliche Intelligenz für einen Grünen Bundestagsabgeordneten. Zuvor war sie als Carlo-Schmid-Fellow bei der OECD in Paris und Redaktionsassistentin des Verfassungsblogs. Sie hat Jura in Berlin (1. Staatsexamen), Paris (Maîtrise en droit) und London (LL.M.) studiert. Carla ist bei der Kampagne jung & wählerisch bei der Erarbeitung des Forderungskatalogs sowie bei dem Podcast Brüssler Bahnhof bei Polis180 aktiv.

Laura Eberlein

studiert Public Policy an der Hertie School of Governance und arbeitet nebenbei als Werkstudentin bei SAP. Zuvor hat sie Philosophy and Economics in Bayreuth und Paris studiert. Laura interessiert sich für Entwicklungspolitik und wirtschaftliche Ungleichheit und organisiert im Rahmen der jung & wählerisch Kampagne von Polis180 die Policy Kitchen Workshops.

Marijke Eschenbach

ist Medienreferentin und Pressesprecherin beim Rat für Nachhaltige Entwicklung, der die Bundesregierung zur Nachhaltigkeitspolitik berät. Zuvor war sie im Auftrag der EU in Reformprojekten in Osteuropa unterwegs, hat in Brüssel und Paris für Abgeordnete gearbeitet und am College of Europe, Sciences Po Paris und der Universität des Saarlandes studiert - mit den Schwerpunkten Kommunikation, Europäische Integration und Osteuropa-/Nachbarschaftspolitik. Marijke ist bei der Kampagne jung & wählerisch bei der Erarbeitung des Forderungskatalogs bei Polis180 aktiv.

Johannes Jelinek

ist Filmemacher und Grafiker aus Wien. Neben verschiedenen Veranstaltungskollektiven und einem Label hat er die Initiative Kultur for President gegründet. Diese nutzt die Reichweite der Wiener Clublandschaft um politische Themen anzusprechen und Gelder für soziale Projekte zu sammeln. Johannes ist bei der Kampagne jung & wählerisch bei der Erarbeitung des Forderungskatalogs bei Polis180 aktiv.

Kaja Niemann

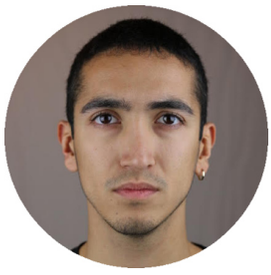
hat in Göttingen und Istanbul Politikwissenschaft und Soziologie studiert. Derzeit absolviert sie ihren Master in Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin. Daneben organisiert Kaja das Projekt der Policy Kitchen Digitalisierung im Rahmen der jung & wählerisch Kampagne von Poli180.

Zoe Scherer

ist derzeit Volontärin bei Ponto. Sie kommt aus Luxemburg und studiert seit drei Jahren in Wien Politikwissenschaft. Bei der jung & wählerisch Kampagne ist sie bei der Erarbeitung des Forderungskatalogs bei Ponto aktiv.

Zilia Schwarz

hat Rechtswissenschaften an den Universitäten Freiburg i. Ü., Leiden und Bern studiert. Nach diversen Tätigkeiten in der Verwaltung, am Gericht und in einer Anwaltskanzlei bereitet sie sich aktuell auf die Anwaltsprüfung vor. Bis vor Kurzem war Zilia zudem Vorstandsmitglied des Schweizer Think Tanks foraus - Forum Aussenpolitik. Bei der jung & wählerisch Kampagne ist sie bei der Erarbeitung des Forderungskatalogs bei Ponto aktiv.



Tümer Tosik

ist derzeit Master-Student im Fach "Psychologie in IT" an der Technischen Universität Darmstadt. Im Studium liegt sein Fokus auf naturwissenschaftlichen-experimentellen Methoden der Künstlichen Intelligenz und der Forschung an menschlicher Informationsverarbeitung. Als Gründungsmitglied von "gustar.io", einem datengetriebenen Kochtrainer für Smartphones, entwickelt er mit an einer Kochhilfe die Nachhaltigkeit fördert. Bei der jung & wählerisch Kampagne ist Tümer bei der Erarbeitung des Forderungskatalogs bei Polis180 aktiv.

Katharina Ulbig

ist Marken- und Strategieberaterin bei VORN Strategy Consulting in Berlin. Zuvor hat sie mehrere Jahre als Strategin im Digitalbereich und in der Unternehmensberatung gearbeitet. In ihrem Studium der Werbung und Kommunikation in Wien legte sie ihren Fokus auf den Einfluss des Internets auf die Gesellschaft und engagiert sich im Bereich der Netzpolitik. Bei der jung & wählerisch Kampagne ist Katharina bei der Erarbeitung des Forderungskatalogs bei Polis180 aktiv.

Berlin, Juni 2019
Veröffentlicht von Polis180 e.V.

Das Paper enstand im Rahmen der Kampagne „jung & wählerisch“. Es gibt ausschließlich die Meinung der AutorInnen wieder. Die inhaltliche Verantwortung liegt bei den AutorInnen.

Polis180
Friedrichstrasse 180
10117 Berlin

www.polis180.org
Info@polis180.org

Polis180

Polis 180 hat zum Ziel, die innovativste Ideen- und Talentschmiede von und für junge ExpertInnen zu sein und will ihnen als inklusive Plattform die Möglichkeit geben, außen- und europapolitische Entscheidungen maßgeblich zu beeinflussen. Als Grassroots- Thinktank brechen wir die etablierte Außen- und Europapolitik auf, entwickeln unvoreingenommen und ohne Zwänge neue Ideen und verhelfen ihnen zum Durchbruch. Als Bindeglied bringen wir in unserer Arbeit verschiedene gesellschaftliche Gruppen zusammen und wirken so der wachsenden Kluft zwischen ihnen entgegen.

Ponto

Ponto ist ein 2018 gegründeter, parteiunabhängiger Grassroots-Thinktank für Europa- und Außenpolitik mit Sitz in Wien. Als Think Tank übersetzt er wissenschaftliche Erkenntnisse für die breite Öffentlichkeit, womit er eine Brückenfunktion zwischen der Zivilgesellschaft und politischen EntscheidungsträgerInnen ausübt. Dabei werden Ideen, Analysen und Lösungsansätze der jungen Generation durch innovative, partizipative und inklusive Ansätze in den politischen Diskurs eingebracht. In thematischen Programmen und mit neuen sowie kreativen Formaten sollen Alternativen für eine konstruktive Europa- und Außenpolitik entwickelt werden. Ponto ist zudem Teil des europaweiten "Open Think Tank Network" mit Partner-Think Tanks in der Schweiz (foraus), Deutschland (Polis180), Frankreich (Argo) und Großbritannien (Agora), das sich für eine offene Außenpolitik einsetzt und gemeinsam transnationale Projekte umsetzt.